

Nur eine Regierung, die Framing verbreitet, muss die Menschen zensieren

geschrieben von Andreas Demmig | 2. Oktober 2024

Das Ministerium für Wahrheit kontrolliert alle Ihre Online-Gespräche

Von Jo Nova

Die Zensoren sind immer die Bösen – Der ACMA-Gesetzentwurf vom Ministerium für Desinformation

Falsche Informationen können nur *durch bessere Informationen korrigiert* werden.

Einleitung: Hier ein Bericht aus Australien, was bezüglich grüner Politik viel Ähnlichkeit mit den Verhältnissen in Deutschland aufweist. Was ein Glück, dass wir in Deutschland unzensierte Meinungsfreiheit haben, wie es auch bei uns im Grundgesetz steht. – Einleitung Ende

Liebe Australier, wir haben nur bis Montag Zeit, eine Stellungnahme gegen den vorgeschlagenen geänderten Gesetzentwurf zur Desinformation einzureichen.

Es ist ein Gesetzentwurf und schlimme Warnungen kommen vom anderen Ende der Welt

Das Cato Institute warnt, dass Tech-Unternehmen den einfachen Weg wählen und dem australischen Vorschlag nachkommen könnten. Amerikaner, die überwiegend amerikanische Unternehmen nutzen, könnten effektiv den von ausländischen Regierungen festgelegten Regeln zur Desinformation unterliegen (und das könnte der Sinn der Sache sein, nicht wahr?). Die große linke globale Maschine erhält „Hilfe“ mit jedem Land, das mit Zensurkleister erobert wird.

Warum wollen die Typen mit den galaktischen Megaphonen Sie zum Schweigen bringen?

Angenommen, die Australier würden durch Falschinformationen Schaden nehmen, was hindert die Regierung daran, uns die richtigen Informationen zu geben? Sie haben das Milliarden-Dollar- ABC Programm, CSIRO das Milliarden-Dollar-Programm den gesamten gezähmten akademischen Sektor, jede Schule in Australien (sie werden alle von der Regierung finanziert und kontrolliert) – und trotzdem könnte ein nicht-fremd-finanzierter Mensch, der auf Facebook oder in einem anderen Blog schreibt, das Vertrauen in staatliche Institutionen schädigen und muss deshalb

gestoppt werden, bevor überhaupt Schaden entsteht?

- ABC Die Australian Broadcasting Corporation ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaft in Australien, die mehrere Fernseh- und Hörfunksender betreibt
- CSIRO Die Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation ist die staatliche Behörde Australiens für wissenschaftliche und industrielle Forschung. Dienstsitz ist Canberra.
- ACMA Australian Communications and Media Authority – in Australien zuständige Behörde für Telekommunikation.

Überlegen Sie, was das über den australischen Sender ABC aussagt? Er muss ziemlich nutzlos sein, wenn er die Australier nicht vor bestätigten Lügen retten kann? So absurd kann es nur sein, wenn er keine Wahrheiten hat, um „die Lügen“ zu widerlegen, oder wenn er kein Publikum hat, weil er eine widerwärtige Propagandamaschine ist, die niemand sehen will. Oder beides.

Die Labour-Regierung behauptet, sie werde keine Inhalte zensieren, was eine Lüge ist. Die Medienplattformen werden gezwungen sein, dies für sie zu tun. Wenn die Plattformen sich nicht daranhalten, wird die Regierung bewaffnete Männer um 5:00 früh vor ihre Tür schicken, um ihnen 5 % ihrer weltweiten Einnahmen wegzunehmen. Selbst wenn die Geldstrafe nie verhängt wird, wird die Androhung einer brutalen Geldstrafe, sobald dieses Gesetz in Kraft tritt, bedeuten, dass die Plattformen Betreiber die Australier zensieren werden.

Wie könnten wir die Kommentarfunktion in diesem Blog offen halten? Alle bitten, alles als satirische Texte zu kennzeichnen?

Verbieten Sie alles, was zu möglichen Schäden beitragen könnte,

Die Gesetzesbombe ist ein multifunktionaler Oktopus. Sie gibt vor, „ernsthaften Schaden“ zu verhindern, aber der Gesetzesentwurf definiert Fehlinformation als alles, was „mit **hinreichender Wahrscheinlichkeit ernsthaften Schaden verursacht oder dazu beiträgt**“. Es gibt also drei juristische Qualifikationsmerkmale, mit denen jeder wohlwollende Richter abweichende Meinungen unterdrücken kann. Was „mit *hinreichender Wahrscheinlichkeit*“ Schaden verursacht (aber nicht tatsächlich verursacht hat), ist reine Spekulation oder das Werk von Sehern und Wahrsagern. Und ein „Beitrag“ zu ernsthaftem Schaden kann so ziemlich alles sein. Haben Sie die wissenschaftliche Studie retweetet, die zeigt, dass sich die Antarktis nicht erwärmt? Sie schaden dem Planeten, der Energiepolitik der Regierung, töten den Gefleckten Beutelmarder und schädigen die finanziellen Aussichten der Solarhersteller. Hören Sie sofort damit auf!

Du sollst der Regierung, der Wirtschaft, den Banken oder den staatlichen Krankenkassen keinen Schaden zufügen.

Es ist schwer zu glauben, dass sie ihre wahren Absichten so eindeutig offengelegt haben. Dieses Gesetz soll nicht die Bevölkerung schützen, sondern die Regierung. Was ist der schlimmste „ernste Schaden“, den man einem Australier zufügen kann – der Regierung oder ihren Referenden Schaden zuzufügen? (Die Labor Party ist so verletzt, dass sie letztes Jahr die „Voice“-Abstimmung verloren hat.) Das ist das Erste, was sie auflisten.

Lesen Sie ihre eigenen Worte in Änderungsantrag 14:

Im Sinne dieses Anhangs ist schwerwiegender Schaden:

- (a) eine Schädigung des Funktionierens oder der Integrität eines Wahl- oder Referendumsprozesses eines Commonwealth, Bundesstaats, Territoriums oder einer lokalen Regierung; oder
- (b) eine Schädigung der öffentlichen Gesundheit in Australien, einschließlich der Wirksamkeit präventiver Gesundheitsmaßnahmen in Australien; oder
- (c) die Verunglimpfung einer Gruppe in der australischen Gesellschaft, die sich durch Rasse, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Intersexualität, Behinderung, Nationalität oder nationale oder ethnische Herkunft auszeichnet, oder die Verunglimpfung einer Person aufgrund der Überzeugung, dass die Person Mitglied einer solchen Gruppe ist; oder
- (d) die vorsätzliche Zufügung einer körperlichen Verletzung einer Person in Australien; oder
- (e) eine unmittelbar bevorstehende: (i) Beschädigung kritischer Infrastruktur; oder (ii) Störung von Notdiensten; in Australien; oder
- (f) eine unmittelbar bevorstehende Schädigung der australischen Wirtschaft, einschließlich **einer Schädigung des öffentlichen Vertrauens in das Bankensystem** oder die Finanzmärkte;
- die: (g) erhebliche und weitreichende Folgen für die australische Gemeinschaft oder einen Teil der australischen Gemeinschaft hat ; oder
- (h) schwerwiegende Folgen für eine Person in Australien hat

Der zweite Punkt auf der Liste sind Wörter, die „präventiven Gesundheitsmaßnahmen“ schaden. Damit sind Impfungen gemeint – die größte, schlimmste und teuerste Präventivmaßnahme, die die Regierung der Bevölkerung jemals aufgezwungen hat.

Die dritte Priorität besteht darin, alle verletzenden Worte gegen ihre bevorzugten, geschützten Maskottchengruppen zu verbieten. Wenn Sie also meinen, dass Frauen in einer Religion misshandelt oder verletzt werden, dürfen Sie das nicht sagen. Wenn Sie meinen, dass Kinder von jemandem in einer geschützten Maskottchenklasse verletzt werden, dürfen Sie das auch nicht sagen. Die Gesetze werden diejenigen verletzen, denen sie angeblich „helfen“.

Es ist bezeichnend, dass die andere geschützte Klasse die armen, leidenden Banker sind. Sie dürfen das „öffentliche Vertrauen“ in Banken oder Finanzmärkte nicht „schädigen“. Der Hinweis darauf, dass Banken technisch insolvent sind, könnte vermutlich einen Bank Run auslösen . Erwähnen Sie nicht, dass Banker Geld damit verdienen, unseren nationalen Dollar aus dem Nichts zu drucken, und tatsächlich davon profitieren, Geld zu verleihen, das sie nicht haben, was, wenn es jemand anders täte, als Geldfälschung bezeichnet würde. Psst!

Und schließlich: Wenn Sie glauben, dass jemand kriminelle Aktivitäten begeht, sagen Sie es nicht, denn das könnte „schwerwiegende Konsequenzen für den Einzelnen“ haben. Wollte die Labour Party damit sagen – lasst uns Kriminelle schützen?

Wer entscheidet über „die Wahrheit“?

Anscheinend ist es nicht Gott, sondern die ACMA – die Australian Communications and Media Authority.

Offenbar ist es das Team mit dem meisten Geld. Nur ein Milliardär oder eine Regierung könnte es sich leisten, einen „unabhängigen Faktenprüfer“ einzusetzen.

Die Zahl der Leute, die sich über diese Regeln empören, wächst täglich: Nick Cater , Phillip Altman , Roger Pielke Jnr , Caldron Pool , Australian Citizens Party und The Cato Institute.

Bitte kopieren Sie Ihren Beitrag unten, um andere zu inspirieren. Phillip Altman hat eine Liste mit E-Mails von Senatoren zum Ausschneiden und Einfügen.

REFERENZEN:

Der Gesetzentwurf: Gesetzentwurf zur Änderung der Kommunikationsgesetzgebung (Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation) 2024

Der 69 Seiten umfassende Gesetzesentwurf im PDF-Format und als Word-Dokument .

Einsendeschluss ist der **30. September 2024**. (Allgemeine Hinweise zur Einreichung).

Einreichungen können hier hochgeladen oder per E-Mail an das unten aufgeführte Komitee Sekretariat gesendet werden.

Kontakt im Ausschussesekretariat:

Committee Secretary
Senate Standing Committees on Environment and Communications

PO Box 6100
Parliament House
Canberra ACT 2600
Phone: +61 2 6277 3526

ec.sen@aph.gov.au/t an Andrew M, David Maddison, Stephen Neil, Nick
Cater

<https://joannenova.com.au/2024/09/only-a-government-pushing-lies-has-to-censor-the-people-the-acma-ministry-of-misinformation-bill/>

Übersetzt und zusammengestellt durch Andreas Demmig

Aktuell In Deutschland, eine Übersicht

Google Suche: „neues Zensurgesetz Deutschland“ und „gibt es in Deutschland eine Internet Zensur?“

Aus für das NetzDG: Europaweite Regeln für das Löschen und Sperren

Das deutsche NetzDG sollte illegale Inhalte im Netz bekämpfen und galt doch als unbeliebt. Ab Februar 2024 wird das umstrittene Gesetz von einer neuen EU-Verordnung abgelöst, die alle Online-Plattformen schärfer in den Blick nimmt. Wir veröffentlichen den Referentenentwurf, der das deutsche Recht an das EU-Gesetz anpassen soll.

<https://netzpolitik.org/2023/aus-fuer-das-netzdg-europaweite-regeln-fuer-das-loeschen-und-sperren/>

DSA: Gesetz gegen illegale Inhalte im Internet

Digital Services Act – Das Gesetz über digitale Dienste

Mit dem Gesetz über digitale Dienste können illegale Inhalte schneller entfernt werden. Auch die Grundrechte von Nutzerinnen und Nutzern im Internet werden umfassender geschützt. Das Gesetz ist seit dem 17. Februar vollständig anwendbar. Fragen und Antworten. ...

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/gesetz-ueber-digitale-dienste-2140944>

Welche Regeln nun für Facebook & Co. gelten

Stand: 15.09.2023 15:04 Uhr

... Von heute an müssen Soziale Netzwerke nach einem neuen Gesetz der Europäischen Union (EU) härter gegen illegale Inhalte auf ihren Plattformen vorgehen. Ansonsten drohen Facebook, Twitter-Nachfolger X oder Google saftige Geldstrafen. Das sieht der sogenannte Digital Services Act (DSA) vor, dessen Regeln in der EU nun rechtlich durchsetzbar sind.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/soziale-medien-rege ln-eu-gesetz-100.html>

Wikipedia ist als sehr korrekt und regierungskonform bekannt, daher hier zwei Links

Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes (GG)

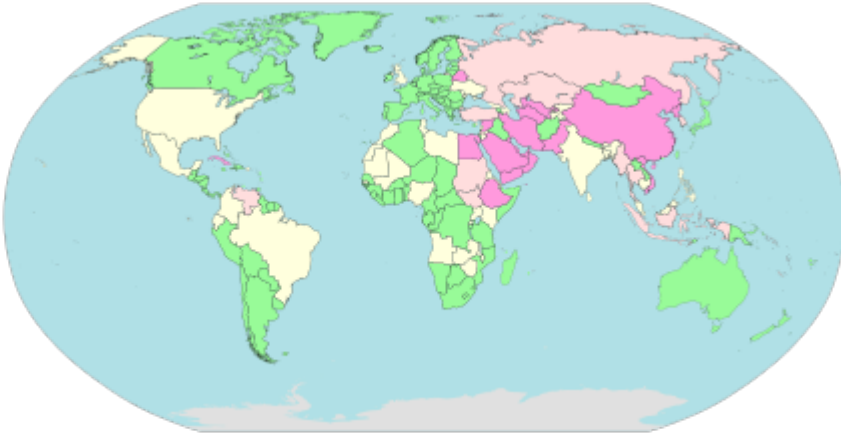
schützt in Abs. 1 fünf eigenständige Grundrechte, nämlich die die Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit (sogenannte Kommunikationsgrundrechte).^[1] Beschränkt werden diese Rechte gem. Art. 5 Abs. 2 GG durch die allgemeinen Gesetze sowie den Jugendschutz und das Recht der persönlichen Ehre (Ehrenschutz).

Art. 5 Abs. 3 GG schützt außerdem die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie die Kunstfreiheit. Hierbei handelt es sich um weitere Formen der Kommunikation, die das Grundgesetz als besonders schutzwürdig erachtet. Daher können diese Grundrechte lediglich durch kollidierendes Verfassungsrecht eingeschränkt werden.

https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_5_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_d ie_Bundesrepublik_Deutschland#

Internetzensur und -überwachung in Europa

Diese Liste zur **Internetzensur und -überwachung in Europa** bietet Informationen zu den Arten und dem Ausmaß der Internetzensur und -überwachung , die in europäischen Ländern stattfindet.



Internetzensur und -überwachung nach Ländern (2018) ^{[1] [2] [3]}

... Detaillierte Informationen zu Internetzensur und -überwachung nach Ländern finden Sie in den Berichten „*Freedom on the Net*“ von Freedom House , der OpenNet Initiative und von Reporter ohne Grenzen sowie in den *Länderberichten zu Menschenrechtspraktiken* des Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des US-Außenministeriums . Die Bewertungen mehrerer dieser Organisationen sind unten sowie im Artikel „Zensur nach Ländern“ zusammengefasst .

https://en-m-wikipedia-org.translate.google.com/wiki/Internet_censorship_and_surveillance_in_Europe